



Das wird ein dicker Umschlag

Nicht nur die Wahlbenachrichtigung, sondern vor allem die Briefwahlunterlagen werden uns in einem dicken Umschlag erreichen. Denn neben den Wahlscheinen für das Abgeordnetenhaus, den Bezirksverordnetenversammlungen und dem Bundestag, werden sich voraussichtlich auch die Unterlagen für den Volksentscheid in dem Umschlag befinden. Der Senat hat zwar noch nicht entschieden, ob das alles am 26. September stattfinden soll, allein aus Kostengründen ist es aber kaum vorstellbar, dass für den Volksentscheid ein extra Datum festgelegt wird.

Heute nun hat die Landesabstimmungsleiterin das endgültige Ergebnis des Volksbegehrens über einen Beschluss zur Erarbeitung eines Gesetzentwurfs durch den Senat zur Vergesellschaftung der Wohnungsbestände großer Wohnungsunternehmen festgestellt.

Danach waren am letzten Tag der Eintragungsfrist, am 25. Juni 2021, 2.454.034 Personen stimmberechtigt. Für ein Zustandekommen mussten sieben Prozent von ihnen, also 171.783 Personen, dem Volksbegehren zustimmen.

Die Berliner Bezirksämter haben 272.941 Unterschriften geprüft; 183.711 davon sind gültig - das sind mehr als die erforderliche Anzahl. Von den geprüften Unterschriften sind 89.230 ungültig, das entspricht einem Anteil von 32,7 %. Eingereicht wurden insgesamt 359.063 Unterschriften. Nach der Regelung im Abstimmungsgesetz mussten die Bezirksämter nur so viele Unterschriften prüfen, bis das Quorum erreicht ist. Vorliegende weitere Unterstützungserklärungen waren lediglich zu zählen.

Es ist schon beachtlich, dass ein Drittel der Stimmen ungültig ist. 89.230 Befürworter hätten sich ihre Betrugversuche sparen können, es hat auch so gereicht.

„Ich stelle fest, dass das Volksbegehren der Trägerin ‚Deutsche Wohnen & Co enteignen‘ zustande gekommen ist. Die für das Volksbegehren geltenden Vorschriften wurden beachtet. Ganz besonders danke ich den Bezirkswahlämtern und Bezirksabstimmungsleitungen, die mehr als 272.000 Unterschriften geprüft haben. Trotz der erheblichen Einschränkungen durch die Corona-Pandemie und die enorme Arbeitsbelastung bei der Vorbereitung der Superwahl im September ist es gelungen, in nur drei Arbeitstagen nach dem Ende des Volksbegehrens das Ergebnis festzustellen.“, erklärte die Landesabstimmungsleiterin, **Petra Michaelis**.

Es wird vielen Berlinern in den Fingern jucken, für den Volksentscheid zu stimmen. Gerade, wenn sie schlechte Erfahrungen mit ihren Vermietern gemacht haben. Man darf aber nicht unberücksichtigt lassen, dass nur große Unternehmen ab 3.000 Wohnungen verstaatlicht werden sollen, alle anderen laufen unter dem Radar. Was aber vor allem gegen den Volksentscheid spricht, sind die immensen Kosten, denn die Unternehmen müssten entschädigt werden. Dadurch würde keine einzige neue Wohnung entstehen, Berlin wäre aber auf Jahrzehnte hin noch mehr pleite als ohnehin schon heute.

Lange nichts vom sozialistischen Stadtplaner **Andrej Holm** gehört? Er kommt nun mit einer ganz tollen Idee um die Ecke, die auch keine neue Wohnung schafft. Er will die sechs landeseigenen Wohnungsgesellschaften in einen Staatskonzern zusammenfassen. „Wenn jetzt nicht auch den Letzten klar wird, wo die linksideologische Reise hingehen soll, dann will man es nicht gesehen haben.“, sagt FDP-Fraktionschef **Sebastian Czaja**. „Große private Wohnungsunternehmen sollen zerschlagen und enteignet werden, dafür schlagen Teile der Linken jetzt vor, einen staatlichen Superkonzern zu gründen. Dieses perfide Spiel befriedigt vielleicht die Träumereien der Ewiggestrigen, es baut aber keine neuen Wohnungen, die wir so dringend brauchen. Die landeseigenen Wohnungsunternehmen und die gesamte Wohnungsbaubranche brauchen schnellere Genehmigungsverfahren und vereinfachte Bauprozesse. Das schaffen wir nur über eine Entschlackung der Bauordnung und eine Neuaufstellung der Verwaltung.“

Für linke Ideologen ist heute aus einem anderen Grunde noch ein ganz besonderer Tag. **Vor dem Firmensitz der Stromnetz Berlin GmbH wird die Berliner Flagge gehisst.** Ob Finanzsenator **Matthias Kollatz** auf das Dach des Hauses steigt, um zum Sieg über die Schweden die Flagge auch dort zu hissen, wissen wir nicht. Mit zwei Milliarden Euro hat sich Berlin verschuldet, um das Stromnetz zurückzukaufen. Zwei Milliarden Euro ist übrigens auch die Summe, die die Berliner Bezirke im nächsten Jahr einsparen sollen. An welcher Stelle denn bitte? Im Jugend- oder Gesundheitsamt vielleicht?

Der Rückkauf des Stromnetzes bringt keinen Vorteil. Auch die Strompreise werden nicht sinken. Das Geschäft ist allein ideologisch begründet. Soweit ich mich erinnere, hing in der Eichenstraße 3a, dem Sitz der Stromnetz GmbH, nie die schwedische Flagge. Ab heute nun die Berliner. Man muss die Siege feiern, wie sie fallen.

Ed Koch